

## Kurzfassung

Das EU-Emissionshandelssystem (EU-EHS) ist derzeit das größte Handelssystem zur Begrenzung von Treibhausgasemissionen und bestimmt maßgeblich den weltweiten Markt für Emissionszertifikate. Der europäische Emissionshandel deckt etwa 50 % der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen ab (2010: 453,9 MtCO<sub>2</sub>, 1.628 Anlagen) und ist daher nicht nur das zentrale Instrument der europäischen, sondern auch der deutschen Klimapolitik. Im Rahmen des KfW/ZEW CO<sub>2</sub> Barometers werden seit 2009 alle emissionshandelspflichtigen Unternehmen in Deutschland jährlich zu ihren Aktivitäten und Strategien befragt.

Das Emissionshandelsjahr 2010 war durch die schnelle wirtschaftliche Erholung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise und gestiegene Emissionen geprägt. Die geplanten Veränderungen im Handelssystem ab 2013 werfen ihre Schatten voraus. Daher liegt der Fokus des diesjährigen KfW/ZEW CO<sub>2</sub> Barometers auf dem Stand der Vorbereitungen der Unternehmen auf die dritte Handelsperiode. Außerdem werden die Auswirkungen von Transaktionskosten auf den Emissionshandel sowie Anreizstrukturen in Unternehmen näher beleuchtet. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

### **Emissionshandel wirkt bisher nur moderat auf unternehmerische Investitionen**

- Viele regulierte Anlagen weisen noch eine relativ hohe technische Restlebensdauer von rund 15 Jahren auf. Dies und die zuletzt oft ausreichende Ausstattung mit kostenlos zugewiesenen Emissionsrechten lassen erwarten, dass nur allmählich mit Neuinvestitionen zu rechnen ist, die auch Emissionsreduktionen größeren Ausmaßes mit sich bringen.
- Bisher haben nur 40 % der befragten Unternehmen ihre internen CO<sub>2</sub>-Minderungskosten bewertet, 30 % haben darauf sogar bewusst verzichtet und weitere 30 % erachten das Thema gar als nachrangig.
- Seit Beginn des Emissionshandels haben 63 % der Befragten CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahmen eingeleitet, und für die Zeit ab 2013 planen 65 % der Befragten Minderungsmaßnahmen. Maßnahmen mit dem Hauptgrund der CO<sub>2</sub>-Minderung werden zunehmend wichtiger.

### **Neue Belastungen ab 2013: Unternehmen bereiten sich vor, sind aber unter Zeitdruck**

- Unternehmen sehen den größten Informationsbedarf über anstehende Änderungen beim Umfang ihrer kostenlosen Ausstattung mit Emissionsrechten ab 2013.
- 72 % der Befragten haben bereits eine Bewertung der veränderten Zuteilung ab 2013 vorgenommen. Im Schnitt erwarten die Unternehmen 2013 eine freie Zuteilung in Höhe von 65 % der gegenwärtigen Zuteilung. Die Mehrzahl der Unternehmen (63 %) erwartet eine Unterausstattung an kostenlosen Zertifikaten.
- Unternehmen müssen sich auf die Veränderungen einstellen. Der von den Unternehmen gewünschte Zeitbedarf für notwendige Anpassungen vor Beginn der dritten Handelsperiode beläuft sich auf 20 Monate. Faktisch dürfte ihnen jedoch lediglich ein halbes Jahr zur Verfügung stehen.

### **Hohe Preise für Emissionsrechte erwartet – Sensitivität für politische Entscheidungen**

- Das deutsche Atom-Moratorium vom März 2011 hatte einen signifikant positiven Einfluss auf die kurzfristigen Preiserwartungen für EUAs. Effekte des Atom-Moratoriums auf die mittel- bis langfristigen Preiserwartungen konnten aber nicht nachgewiesen werden.
- Im Juni 2011 erfolgte eine deutliche Korrektur der EUA-Preise nach unten, die wohl auf EU-Pläne zur Einführung zusätzlicher Energieeffizienzregelungen zurückzuführen ist.
- Für die dritte Handelsperiode rechnen die befragten Unternehmen mit einem Preis für EUAs von durchschnittlich etwa 28 EUR.
- Über die Einsetzbarkeit von CERs (Certified Emissions Reductions) in der dritten Handelsperiode besteht erhebliche Unsicherheit. Die befragten Experten gehen davon aus, dass der EUA-CER-Spread in der dritten Handelsperiode auf durchschnittlich fast 6 EUR steigt.

### **Transaktionskosten für Kleinemittenten deutlich höher – teures Reporting**

- Transaktionskosten belasten Kleinemittenten stärker als Großemittenten. Bezogen auf den Zertifikatepreis belaufen sie sich auf 4,3 % für einen mittleren Kleinemittenten im Vergleich zu 0,5 % für einen mittleren Großemittenten. Besonders schwer wiegen die Kosten für die Emissionsmessung und die erforderliche Berichterstattung.
- Als mit Abstand wichtigste Möglichkeit zur Vereinfachung des Emissionshandels werden reduzierte oder vereinfachte Reportingpflichten genannt.
- Knapp die Hälfte der Befragten würde Effizienz- und Technologiestandards als Regulierungsform dem Emissionshandel vorziehen. 24 % befürworten eine Steuer.

### **Carbon Management immer wichtiger – Potenziale aber bei Weitem nicht ausgenutzt**

- Die Kreativität der Mitarbeiter bleibt ungenutzt: Die Mehrzahl der regulierten Unternehmen (70 %) bietet ihren Mitarbeitern keine Anreize zur Auffindung von CO<sub>2</sub>-Minderungspotenzialen.
- Sogar Anlagenmanager haben oft nur geringe (41 %) oder keine (17 %) ökonomischen Anreize, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu minimieren. Eine volle Anreizwirkung durch den Emissionshandel entfaltet sich demnach nicht in allen Unternehmen.
- 61 % der Unternehmen mit mehr als einer Anlage gleichen Über- oder Unterdeckung bestimmter Anlagen mit Emissionsrechten unternehmensintern aus. Die Emissionsrechte gelangen nicht in den öffentlichen Handel, die Effizienz des Instruments leidet.

### **Unsicherheit über Zukunft der Kyoto-Mechanismen CDM und JI**

- Im Handelsjahr 2010 wurden mehr CER- und ERU-Zertifikate eingesetzt als in den Vorjahren (+41 % in Deutschland). Vor allem der starke Anstieg bei der Nutzung von JI-Zertifikaten zeigt Unsicherheiten über die Zukunft des Mechanismus. Derzeit plant nur ein Drittel der Befragten den Einsatz von CERs nach 2012.
- Alternative oder ergänzende Mechanismen werden erwartet: 60 % der Befragten rechnen mit einem verbindlichen internationalen Regelwerk für National Appropriate Mitigation Actions (NAMAs) in den nächsten fünf Jahren.